HERAUSGEBER
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts
Der Vorstand
Karsten Brenner, *Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)*
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. em. Dr. Klaus Schönhoven

REDAKTION
Dr. Wolfram Hoppenstedt *(Geschäftsführer)*
Julia Hornig M.A.
Dr. Bernd Rother
Dr. Wolfgang Schmidt

Schriftleitung: Dr. Wolfram Hoppenstedt

© 2008 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030 / 787707-0
Fax: 030 / 787707-50
E-Mail: info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

GESTALTUNG
Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK
allprintmedia GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2008
ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-15-6

Willy Brandt und die Nation

Vortrag von Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr
am 8. Mai 2008
im Rahmen der Zeitzeugengesprächsreihe
des Willy-Brandt-Hauses Lübeck

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 16

INHALT

Willy Brandt – 8
Stationen seines Lebens

Jürgen Lillteicher 11
Begrüßung durch den Leiter des Willy-Brandt-Hauses Lübeck

Egon Bahr 14
Willy Brandt und die Nation

Willy Brandt im Jahr seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin vor dem Brandenburger Tor, 1957

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950-1969	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

JÜRGEN LILLTEICHER

Begrüßung durch den Leiter des Willy-Brandt-Hauses Lübeck

Sehr geehrter Herr Bahr,
sehr geehrte Frau Bonnemann-Böhner,
sehr geehrter Herr Exner,
sehr geehrte Landtagsabgeordnete und Mitglieder der Lübecker Bürgerschaft,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als Leiter des Willy-Brandt-Hauses Lübeck darf ich Sie heute, am 8. Mai – einem sehr bedeutenden Datum für unsere Geschichte – sehr herzlich im Namen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung begrüßen.

Deutsche Zeitgeschichte ist »Geschichte, die noch qualmt«, so hat es einmal ein wichtiger Zeithistoriker gesagt. Nicht: Geschichte, die noch warm ist; oder Geschichte, die noch lebt; sondern: Sie *qualmt*. Wenn das so ist, dann muss sie vorher in Schutt und Asche gelegt worden sein – und genau das ist damit gemeint. Dieses Bild ist für die deutsche Zeitgeschichte also besonders gut geeignet. Der Gegenstand der Zeitgeschichte ist in diesem Land die Geschichte nach der Katastrophe.

Ich glaube, das können wir nach den ersten Vorträgen im Rahmen der Zeitzeugengesprächsreihe des Willy-Brandt-Hauses Lübeck und insbesondere nach dem letzten Abend mit den Brüdern Bernhard und Hans-Jochen Vogel wirklich unterstreichen. Gerade nach diesem Abend hatte ich den Eindruck, dass die deutsche Zeitgeschichte eine Geschichte ist, die uns noch so sehr nahe geht, dass sie unsere Leidenschaft und unsere Gefühle wachruft.

Dies gilt natürlich noch viel mehr für Zeitzeugen, die die Jahre nach 1945 maßgeblich mitgestaltet haben. Welches Feuer unser heutiger Gast noch in sich hat, werden Sie gleich erleben, meine Damen und Herren!

Lieber Herr Bahr, ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie heute in die Geburtsstadt Willy Brandts gekommen sind, in die traditionsreiche Hansestadt, die inzwischen mit drei Häusern ihre drei Nobelpreisträger ehrt. Ich freue mich zugleich ganz besonders, dass wir mit Ihnen einen der engsten Vertrauten, ja einen Freund Willy Brandts, als Redner gewonnen haben.

Egon Bahr brauche ich den meisten hier im Saal eigentlich nicht vorzustellen. Ich will es aber dennoch tun, um die Bedeutung seines politischen Schaffens für die Geschicke unseres Landes noch einmal kurz und skizzenhaft vor Augen zu führen.

Egon Bahr wurde in Thüringen geboren und ist später in Torgau in Sachsen aufgewachsen – also dem Ort an der Elbe, an dem sich am 25. April 1945 die amerikanischen und die sowjetischen Streitkräfte begegneten. Hier verbrachte er die ersten Schuljahre. Die Rassenideologie der Nazis griff in das Leben der Bahrs massiv ein. Die Familie zog nach Berlin. Egon Bahr selbst durfte nach dem Abitur wegen seiner jüdischen Vorfahren nicht Musik studieren und begann eine Lehre als Industriekaufmann.

Da kommt einem schon die Frage in den Sinn: Was wäre aus Deutschland geworden, wenn Egon Bahr Musiker geworden wäre?

Nach dem Krieg wechselte er ins Pressefach, wurde Journalist in Berlin, Hamburg und Bonn – in Berlin schießlich Chefkommentator des RIAS. Den Beitritt zur SPD musste Egon Bahr sich regelrecht erkämpfen, weil Kurt Schumacher und Willy Brandt den erfolgreichen Journalisten lieber als Sympathisanten denn als SPD-Mitglied an ihrer Seite gewusst hätten. 1956 wurde er Sozialdemokrat aus tiefer Überzeugung, weil er von nun an selbst aktiv mitgestalten wollte, statt nur zu berichten oder zu kommentieren. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, machte ihn 1960 zum Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin.

Die Begegnung und Zusammenarbeit mit Willy Brandt haben Sie selbst, lieber Herr Bahr, als größtes Geschenk Ihres Lebens bezeichnet. Hier begann eine Freundschaft, in der jeder den anderen brauchte, um seine Fähigkeiten voll zu entfalten – so skizzierte es einmal Richard von Weizsäcker.

Und Willy Brandt schrieb über Egon Bahr: »Mit mir ist er ins Auswärtige Amt und ins Kanzleramt gezogen, ist Bundesminister und Mitglied der engeren Parteiführung geworden. Es ist selten, dass eine Freundschaft die Belastungen des politischen Geschäfts über so viele Jahre hinweg überdauert.«

An der Seite von Bundesaußenminister Willy Brandt während der Großen Koalition und später im Kanzleramt prägte Egon Bahr maßgeblich die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Er gilt als »Architekt der Ostverträge« und damit auch als ein Wegbereiter der Deutschen Einheit. Hierzu gehören natürlich auch der Grundlagenvertrag mit der DDR und das Transitabkommen, das die Lebensfähigkeit Berlins sicherte.

Dieser Politik vorausgegangen war ein Denkprozess, der von Ihnen, Herr Bahr, mit der Formel »Wandel durch Annäherung« auf den Punkt gebracht wurde.

Als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Kabinett Helmut Schmidt trat Egon Bahr ab 1974 für eine starke Entwicklungspolitik ein, die er wie Willy Brandt als eine wichtige Grundlage für die Weltfriedenspolitik betrachtete.

Egon Bahr engagierte sich in den folgenden Jahren weiter für den intensiven Dialog mit der DDR-Regierung bzw. mit der SED.

Auch heute, im vereinigten Deutschland, ist Egon Bahr weiterhin sehr aktiv, und er scheint seinen Ruhestand eher als »Unruhestand« zu verstehen. Für dieses Engagement kann ich ihm als jüngerer Mensch nur meine Hochachtung aussprechen.

Meine Damen und Herren, durch den weiteren Abend wird Sie Uli Exner geleiten – der Chefredakteur der Lübecker Nachrichten. Auch Ihnen, Herr Exner, gilt mein herzlicher Dank, dass Sie sich zu dieser Aufgabe bereit erklärt haben.

Ich wünsche Ihnen allen nun einen anregenden Abend.

EGON BAHR

WILLY BRANDT UND DIE NATION

Das Datum des heutigen Tages – vor genau 63 Jahren kapitulierte Hitler-Deutschland vor den Alliierten – legt den Versuch nahe, das Verhältnis von Willy Brandt zur Nation zu betrachten. Das erscheint angebracht, weil dieser Aspekt seiner Haltung und seines Wirkens fast in Vergessenheit geraten ist, auch in der SPD. Außerdem wirkt die Vokabel »Nation« wie ein verblassendes Relikt in einer Zeit, in der über die Selbstbestimmung Europas, die unaufhaltsame Globalisierung diskutiert wird und die Gefahren ins Blickfeld geraten sind, dass Klimaveränderungen elementare Probleme von Leben und Überleben in unserer Welt aufgeworfen haben.

Nun sind die Stationen des Weges, den Herbert Frahm in Lübeck begonnen und den Willy Brandt auf dem Zehlendorfer Waldfriedhof in Berlin beendet hat, durchaus bekannt: Jugend, Exil, Präsident des Abgeordnetenhauses, Regierender Bürgermeister, Außenminister, Bundeskanzler, Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, Vorsitz der SPD für 23 Jahre und die behutsame Lenkung der Sozialistischen Internationale sind in zahllosen Veröffentlichungen und Forschungen, nicht zuletzt in der Stiftung dokumentiert, die seinen Namen trägt. Der Befund ist geläufig geworden, dass diesem Mann quasi mehrere Leben mit immer neuen Anläufen beschieden waren, die sich oft aus Niederlagen ergaben; seine Stärken und Schwächen, sein Charisma und die visionären Fähigkeiten neben dem Sinn für Realitäten, das alles kann als bekannt vorausgesetzt werden.

Meine mehr als 30-jährige Nähe zu dieser Persönlichkeit ließ aus Respekt Freundschaft wachsen. Das legte die Überlegung nahe, aus der Gesamtheit der Eindrücke, Erfahrungen und Erlebnisse den unterbelichteten Aspekt seines Verhältnisses zur Nation darzustellen. Aber die Notwendigkeit, die Genauigkeit von Zitaten zu prüfen und sich bei Jahreszahlen nicht auf die Exaktheit des Gedächtnisses verlassen zu dürfen, zwang zur Wiederbeschäftigung mit bekannten Texten. Dazu kam die kürzliche Publikation seines Buches »Verbrecher und andere Deutsche« aus dem Jahre 1946 durch die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. All das hat mich in der Auffassung bestärkt, dass es für Willy Brandt drei zentrale Themen in seinem Leben gegeben hat: Was bedeuten während seiner Zeit die Begriffe Links, Freiheit und Nation, und wie

Bundeskanzler Willy Brandt und Staatssekretär im Bundeskanzleramt Egon Bahr im Gespräch nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages, 12. August 1970

rangieren diese Begriffe unter der übergeordneten Orientierung auf Frieden – und was ist davon gültig geblieben?

Als Willy Brandt 1946 das Buch »Verbrecher und andere Deutsche« für eine norwegische Leserschaft schrieb, zumal mit den Kenntnissen des norwegischen Beobachters bei den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher, wäre es doch verständlich, vielleicht sogar verkaufsfördernd gewesen, wenn er seine früheren Landsleute mit Abstand geschildert und die damals aktuellen Thesen der deutschen Kollektivschuld vertreten hätte. Stattdessen lehnt er die Kollektivschuldthese ab, wie später der erste Bundespräsident Theodor Heuss, der stattdessen von kollektiver Scham sprach, während Brandt eine kollektive Verantwortung formulierte.

Damit hat er schon einen Grundton angeschlagen, der sich später in vielen Variationen wiederfindet, nämlich den, dass niemand aus der Geschichte aussteigen kann. Willy Brandt schrieb das Buch also unbezweifelbar als Deutscher, der entgegen der Grundstimmung in dem kürzlich befreiten Norwegen um Verständnis dafür warb, dass es auch ein anderes Deutschland während der Nazizeit gegeben hat und gibt. Dazu gehörte Mut. So wurde es in Skandinavien und darüber hinaus auch verstanden und aufgenommen. Das Buch bedeutete den ersten Akt seines Kampfes für Deutschland und um Deutschland.

Ich mache einen großen Sprung. Willy Brandt war Präsident des Abgeordnetenhauses und dann Regierender Bürgermeister in dem bedrängten West-Berlin geworden, weltweit geachtet, unter dem Druck des Chruschtschow-Ultimatums, mit Schock und Krise des Mauerbaus konfrontiert, als Kandidat Herausforderer des Bundeskanzlers, und genau in dieser Lage 1961 spricht Adenauer[1] von »Brandt alias Frahm«. Diese abgründige Gemeinheit traf mit der Formel, in der falsche Decknamen von Verbrechern bezeichnet werden. Es genügte, den Geburtsnamen Brandts zu nennen, um gleichzeitig die noch in der Adenauerzeit als Makel empfundene uneheliche Geburt und die Emigration in Erinnerung zu rufen.

Franz Josef Strauß[2] legte nach: »Wir haben das Recht, Herrn Brandt zu fragen: Was haben Sie zwölf Jahre im Ausland getan? Was wir in Deutschland getan haben, wissen wir.«

Die ganze Tiefe dieses Appells an Vorurteile und niedere Instinkte ging mir im ersten Augenblick nicht auf, vor allem nicht die gewollte persönliche Verletzung; denn die Herkunft empfand ich nicht als einen Makel, für den Brandt verantwortlich war. Den empfindsamen Mann aber traf der vergiftete Pfeil.

Willy Brandt reagierte nicht mit überlegener, kühler oder harter Abwehr, sondern kochte vor Wut und Empörung: »Wo sind wir denn eigentlich, dass man sich verteidigen oder rechtfertigen muss für den Kampf gegen ein verbrecherisches System?« Dieser Aufschrei hat sich in meine Erinnerung eingebrannt. Keine Verdienste um Stadt und Land und keine Anerkennung durch Wahlen konnten ihn vor einer Vergangenheit bewahren, die als Diffamierung und Fälschung zur Waffe gemacht wurde und die bis an sein Lebensende immer wieder benutzbar war.

Wer angesichts einer solchen Perspektive nicht in Depressionen gerät, hätte über eine Elefantenhaut verfügen müssen. Sogar Resignation lag nahe. Brandt hat mit seiner Frau Rut die Rückkehr nach Norwegen erörtert. Nicht aufzugeben war eine persönliche Entscheidung, deren geschichtliche Tragweite beiden nicht bewusst war. Aber für eine offene Auseinandersetzung reichte die Kraft nicht.

Die Gegenfrage unterblieb, ob denn Strauß und andere wirklich gewusst haben, was sie durch ihren Dienst im »Dritten Reich« gern, gezwungen oder missbraucht getan haben, gegen die Interessen ihres Volkes. Das hätte einen Kampf mit der Mehrheit aus der Position einer Minderheit verlangt. Unmittelbar wurde die Kraft gebraucht, um insgesamt 80 Gerichtsverfahren wegen Verleumdung und Fälschung einzuleiten. Die Besprechungen und Beratungen kosteten ungezählte Stunden, die für Besseres fehlten und das Schlimme immer wieder belebten.

Erst in einem späteren Abschnitt sollte Brandt einen neuen Anlauf zur Versöhnung seines Volkes mit der Vergangenheit machen.

Wie stark und nachhaltig das Gefühl der Verletzbarkeit auf ihn und sogar auf seine Partei gewirkt hat, drückt sich in der Befangenheit seiner Wortwahl aus. Brandt benutzt schon in seinem Aufschrei und danach verallgemeinernd und unpersönlich die Form »man« und scheut das Personalpronomen »ich«,

---

1 Konrad Adenauer (1876-1967), Mitbegründer der rheinländischen CDU, 1946-1950 Erster Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone, 1950-1966 Vorsitzender der CDU, 1948-1949 Präsident des Parlamentarischen Rates (CDU), 1949-1963 Bundeskanzler, 1949-1967 MdB (CDU), 1951-1955 Bundesaußenminister.

2 Franz Josef Strauß (1915-1988), 1949-1978 MdB (CSU), 1953-1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955-1956 für Atomfragen, 1956-1962 der Verteidigung, 1966-1969 der Finanzen, 1961-1988 CSU-Vorsitzender, 1978-1988 bayerischer Ministerpräsident.

auch an Stellen, wo es selbstverständlich gewesen wäre. Wir haben darüber gesprochen. Frei davon machte er sich erst in der Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises.

Aber auch danach benutzt Brandt das klare, bestimmende, unzweideutige »ich« nur sparsam. Das lag wohl auch in der Mischung aus Erfahrung und Zurückhaltung, die sich prägend in der skandinavischen Zeit geformt hat. Er hatte auf der einen Seite die großzügige und selbstsichere Atmosphäre einer monarchistischen Demokratie erlebt, die in der Diskussion und Überzeugung auch in der Arbeiterpartei zur solidarischen Geschlossenheit führte. Auf der anderen Seite hatte Brandt die Selbstverständlichkeit der Toleranz gegenüber anderen Meinungen erlebt, dass es mehr als nur eine Wahrheit gibt und die eigene Standfestigkeit erst das Ergebnis überwundener Zweifel ist.

Das waren die Elemente, mit denen Willy Brandt aus seinem skandinavischen Exil in sein besiegtes Land zurückkam: ein linker Sozialdemokrat, mit der Erfahrung, dass eine Minderheit durch Überzeugung zur Mehrheit werden kann. Dabei fühlte er sich frei – freier als Deutschland war. Diese Elemente trugen ihn und ließen Brandt zu dem Glücksfall in der deutschen Nachkriegsgeschichte werden.

Beginnen wir mit dem Faktor, sich unbelastet von den Verbrechen des Dritten Reiches zu wissen. Weder der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, noch der Regierende Bürgermeister machte den Siegern in der Alliierten Kommandatura seine Aufwartung. Die Herren dort erschienen ihm, auch wenn sie den Rang von Generalen hatten, als gehobene weisungsgebundene Beamte, während er, Brandt, gewählter Vertreter der Bevölkerung war.

Zum ersten und einzigen Mal betritt Willy Brandt das Gebäude der Kommandantur am 13. August 1961, dem Tag des Beginns des Mauerbaus, um kategorisch zu verlangen, dass wenigstens Jeeps auf die Straße geschickt werden, damit die Bevölkerung nicht glaubt, sie sei allein gelassen. Er schimpfte abfällig und unflätig über diese »hochmögenden« Stadtkommandanten, die ohne Weisung nicht den Mumm hatten, in der Augenblicksituation selbst zu entscheiden. Er scheute nicht, gegen alle Regeln des Protokolls, vorbei an der Bundesregierung, sich direkt fordernd an den amerikanischen Präsidenten zu wenden und Aktionen zu verlangen.

Der Mauerbau wurde zum Schlüsselerlebnis. Er zeigte brutal, dass alle vier Mächte den Status quo bestätigten, also die Teilung der Stadt – und dass sie damit auch die Teilung Deutschlands und die Europas erhalten wollten.

Natürlich sollte es keinen Krieg geben, wegen der Deutschen schon gar nicht, nicht einmal konfliktträchtige Störungen. Als Studenten mit Plastiksprengstoff operierten, musste der Senat die eigene Polizei zum Schutz der Mauer einsetzen.

Am schwächsten und exponiertesten Punkt des Westens wurde erprobt, dass deutsche Interessen vor allem durch Deutsche vertreten werden mussten, um etwas bewegen zu können. Passierscheine waren nur mit der DDR zu bekommen, die noch gar nicht so genannt werden durfte. Diese Erfahrung wurde im kleinsten Maßstab gewonnen und wenige Jahre später auf größerer Ebene wiederholt. Außerdem verlor sich die Angst vor dem Kommunismus. Wenn eine auf Weltbeherrschung angelegte Ideologie ihre Menschen einmauerte, überschritt sie einen Kulminationspunkt. Nicht ihre Ideologie, sondern ihre Panzer waren noch zu fürchten, und dagegen schützte uns das Bündnis.

Die Selbständigkeit deutscher Politik musste durch den Westen gedeckt sein: Diese Maxime gewann Brandt schon in Berlin. Das nationale Motiv, nach vielen Rückschlägen, Menschen wieder zurück in den Osten zu bringen – und sei es nur für Stunden – bewegte übrigens Axel Springer, mit seinem Konzern das »Projekt Passierscheine« 1963 zu unterstützen. Seinen Erfolg kommentierte Brandt mit den Worten: »Diese Weihnachtswochen dokumentierten, dass wir ein Volk und eine Nation sind.«

Das weiterreichende Ziel, dem Auseinanderentwickeln der Nation entgegen zu wirken, verschwand hinter der vordergründigen Diskussion um die Ausgabedetails in den Passierscheinstellen. Das ist Brandt danach immer wieder passiert, dass die von ihm ausgelösten Akte und praktischen Vorgänge die Öffentlichkeit ungleich mehr beschäftigten als die Begründung samt Perspektive. Die Substanz der Nation zu erhalten, erinnerte eher an die zum Ritual gewordene Wiederholung der abstrakten Forderung nach einer Wiedervereinigung.

Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler im Oktober 1969 legten die Beamten Willy Brandt einen Brief vor, den er an die drei Botschafter in ihrer Eigenschaft als Hochkommissare schicken sollte, um zu bestätigen, dass er die Einschränkungen anerkenne, die sie bei Erlass des Grundgesetzes 1949 verfügt hatten. Das erschien dem gewählten Bundeskanzler unzumutbar. Er musste jedoch lernen, dass seine Amtsvorgänger Konrad Adenauer, Ludwig Erhard[3] und Kurt Georg Kiesinger[4] einen solchen Brief geschrieben hatten und setzte kopfschüttelnd seine Unterschrift unter die drei Papiere, die auch seinen Nachfolgern Helmut Schmidt und Helmut Kohl vorgelegt worden sind.

Die Existenz dieser Dokumente, in denen der Mangel deutscher Souveränität zum Ausdruck kam, ist geheim gehalten worden. Das erledigte sich erst durch die Deutsche Einheit. Natürlich bestärkte diese Episode Brandt in seiner Haltung zu einer praktischen Politik – nämlich so selbständig zu handeln, wie das unter Beachtung der originären Siegerrechte möglich war. Den Spielraum dazu hatte er zum ersten Mal getestet, als er in Berlin mit der DDR Passierscheine vereinbaren wollte, dem einzigen Gebiet des Reiches, über das die Vier Mächte nicht verfügt hatten, nachdem sie zwei deutsche Staaten zugelassen oder geschaffen hatten.

Zu den drei zentralen genannten Themen seines Lebens gehört ein viertes Thema, das bis in den innersten Kern seines Ichs reichte, den er nach außen abschirmte: Es waren Wunsch und Hoffnung des von seinem Land verstoßenen Sohnes, wieder aufgenommen zu werden, und zwar über den eigentlich demütigenden Akt der Wiedereinbürgerung hinaus, die er erst selbst beantragen musste.

Willy Brandt wollte in der Mitte willkommen und von der Mehrheit seines Volkes getragen sein.

Ich habe ihn das nie wieder so erkennbar formulieren gehört, wie bei der Entgegennahme der höchsten Ehrung für einen Mann in politischer Verantwortung in seiner Stadt Oslo: »So nehme ich den Friedensnobelpreis 1971 mit dem Ausdruck bewegten Dankes zugleich im Namen derer entgegen, die mir helfen und geholfen haben... Und wenn ich dies hinzufügen darf: Wie viel es mir bedeutet, dass auf meine Arbeit »im Namen des Deutschen Volkes« abgehoben wurde. Dass es mir also vergönnt war, nach den unauslöschlichen Schrecken der Vergangenheit den Namen meines Landes und den Willen zum Frieden in Übereinstimmung gebracht zu sehen.« Und etwas später sagte er: »Der junge Mann, der seinerzeit verfolgt nach Norwegen verschlagen und ausgebürgert wurde, der spricht heute hier nicht nur allgemein für den europäischen Frieden, sondern auch ganz besonders für diejenigen, denen die Vergangenheit hartes Lehrgeld abverlangt hat.«

In diesen Worten offenbarte sich Bescheidenheit und Stolz dessen, der sich im Dienst für sein Vaterland angenommen und bestätigt fühlte. Der überwältigende Erfolg bei den Bundestagswahlen ein Jahr später war wie das Siegel dazu.

Dennoch starben Gehässigkeit und Verleumdung damals nicht aus.

Wie das Öl, das vernarbte Wunden heilt, empfand Brandt hingegen die ehrliche und offene Zustimmung, mit der ihn die Menschen nach dem Fall der Mauer in der DDR empfingen. Dieser Mann hatte sie jedenfalls nicht vergessen. Gerade der getrennte Teil des Volkes hatte den verstoßenen Sohn an- und aufgenommen. Die Einheit des Landes, eine große Freude und nicht mehr erwartete Genugtuung heilte auch die verletzte Seele.

In drei großen Reden zur Nation entwickelte Willy Brandt im Verlauf seines politischen Lebens Sicht und Absichten seiner Politik. 1960 vor seiner Partei in Hannover, als er seine Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers begründete, 1963 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing, und 1969 – nach seiner Wahl zum Kanzler – vor dem Deutschen Bundestag. Jede dieser Reden wurde mit besonderer Sorgfalt erarbeitet, und sie sind bis heute noch lesenswert. Die Reden entsprechen alle einer erstaunlichen Kontinuität, einer Weiterentwicklung des Brandtschen Konzepts bei einer unveränderten Grundhaltung.

Wer es gewollt hätte, wäre imstande gewesen, die Politik Willy Brandts vorauszusehen, ohne Überraschungen erleben zu müssen. Alles war angekündigt, was er machen würde, sobald er konnte. Wenn dennoch seine Grundlinie zur deutschen Selbstbestimmung wenig beachtet und gewürdigt wurde, lag das jeweils an der aktuellen Neuigkeit, auf die sich die öffentliche Aufmerksamkeit richtete.

Im Jahr 1960 war das die Kanzlerkandidatur. Die SPD hatte sie nach amerikanischem Vorbild für die Bundesrepublik Deutschland erfunden. Erich Ollenhauer[5] blieb unbestritten Parteivorsitzender, der die Selbstverständlichkeit seines Anspruchs auf Kanzlerschaft nicht zum Thema machte. Das ist danach

3 Ludwig Erhard (1897-1977), 1949-1977 MdB (CDU), 1949-1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963-1966 Bundeskanzler, 1966-1967 Vorsitzender der CDU.

4 Kurt Georg Kiesinger (1904-1988), 1933-1945 Mitglied der NSDAP, 1943-1945 stellv. Leiter der Rundfunkabteilung des Auswärtigen Amtes, 1948 Eintritt in die CDU, 1949-1958 und 1969-1980 MdB (CDU), 1954-1958 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, 1958-1966 baden-württembergischer Ministerpräsident, 1966-1969 Bundeskanzler, 1967-1971 CDU-Bundesvorsitzender, 1971-1988 CDU-Ehrenvorsitzender.

5 Erich Ollenhauer (1901-1963), 1933-1946 Exil, 1946-1952 stellvertretender Vorsitzender der SPD, 1949-1963 MdB, 1952-1963 Vorsitzender der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion, 1949-1963 Vizepräsident der SI, 1963 Präsident der SI.

noch zweimal passiert, als Helmut Kohl 1980 Franz Josef Strauß und als Angela Merkel 2002 Edmund Stoiber den Vortritt ließen.

Wer auch immer sich gegen einen gewählten Parteivorsitzenden wendet, schadet seiner Partei wie sich selbst. Die Kanzlerkandidatur ist inzwischen zu einer Institution geworden, die nicht in der Verfassung steht.

1963 zeigte Willy Brandt in seiner Tutzinger Rede dann Flagge unter der Überschrift: »Denk ich an Deutschland …«. In der öffentlichen Beachtung dieser Tagung wurde aber im Wesentlichen über einen kleinen Diskussionsbeitrag unter der Überschrift »Wandel durch Annäherung« diskutiert, den Brandt zuvor gebilligt hatte und der exemplifizierte, was seine Rede für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten bedeutete. Das Wichtige in Brandts Tutzinger Rede hingegen blieb seinerzeit in der Öffentlichkeit unbeachtet, nämlich seine Forderung, deutsche Vorstellungen zur Lösung der deutschen Frage zu suchen: »Das geht nur mit der Sowjetunion und nicht gegen die Sowjetunion.«

Auf seiner Nominierungsrede zum Kanzlerkandidaten auf dem SPD-Parteitag 1960 in Hannover sprach Willy Brandt über die Notwendigkeit, die Gesamtheit der deutschen Geschichte zu sehen, und er nannte in diesem Zusammenhang, gleichsam in einem Atemzug, die Namen »Otto von Bismarck[6] und August Bebel[7], Friedrich Ebert[8] und Gustav Stresemann[9], Julius Leber[10] und Graf von Stauffenberg[11], Ernst Reuter[12] und Theodor Heuss[13]«.

6 Otto von Bismarck (1815-1898), 1862-1890 preußischer Ministerpräsident, 1871-1890 Reichskanzler.

7 August Bebel (1840-1913), 1892-1913 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1871-1881 und 1883-1913 Mitglied des Reichstages.

8 Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1912-1918 MdR (SPD), 1913-1919 Vorsitzender der SPD, 1918 Vorsitzender der Rats der Volksbeauftragten, 1919-1925 Reichspräsident.

9 Gustav Stresemann (1878-1929), 1907-1912 und 1914-1918 Mitglied des Reichstages (nationalliberal), 1918 Mitbegründer der Deutschen Volkspartei, 1923 Reichskanzler der großen Koalition, 1923-1929 Reichsaußenminister, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

10 Julius Leber (1891-1945), SPD-Politiker, Redakteur in Lübeck, 1924-1933 Mitglied des Reichstages, 1933-1937 aus politischen Gründen in Haft, 1937-1944 Kontakt zu Widerstandsgruppen, nach dem Attentat des 20. Juli 1944 verhaftet und im Januar 1945 hingerichtet.

11 Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944), Berufsoffizier, 1944 Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres in Berlin, Organisator des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 auf Hitler, 1944 hingerichtet.

Den Namen Otto von Bismarck an die Spitze dieser Aufzählung zu setzen, das war vor seiner Partei gewagt. Drei Jahre später, in Tutzing, gibt es bemerkenswerte Änderungen der Idee, durch Nennung von Namen die Einheit unseres schwierigen Vaterlandes zu begreifen. Das hört sich dann so an: »Bismarck und Bebel gehören dazu, Hindenburg[14] und Ebert, Goerdeler[15] und Leber, Adenauer und Schumacher[16], aber eben auch Hitler und Ulbricht[17].« Die wachsende Courage bei wachsender Aktualisierung gäbe Stoff für interessante Leitartikel.

Die erste Regierungserklärung des Bundeskanzlers 1969 schließlich wurde innenpolitisch von der Diskussion über die Fanfare »Mehr Demokratie wagen« bestimmt – außenpolitisch dagegen von der Sensation, dass die DDR erstmals als Staat bezeichnet wurde, auch wenn sie nicht Ausland sein konnte. Die Opposition steigerte ihre verbissene Ablehnung fundamentalistisch bis zu dem Höhepunkt, dass sie in voller Isolation allein blieb und mit der Ausnahme Albanien die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

12 Ernst Reuter (1889-1953), 1912 SPD, 1918 KPD, 1922 erneut SPD, 1926-1931 Stadtrat für Verkehrswesen in Berlin, 1931-1933 Oberbürgermeister von Magdeburg, 1933 Entlassung und mehrfache Inhaftierung u.a. im KZ Lichtenburg, 1934 Emigration nach Großbritannien und Türkei, 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1947 Stadtrat für Verkehr in Berlin und Oberbürgermeister von Berlin, von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht anerkannt, 1948-1953 Oberbürgermeister (ab 1951: Regierender Bürgermeister) von Berlin.

13 Theodor Heuss (1884-1963), 1948-1949 Vorsitzender der FDP, Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949-1959 Bundespräsident.

14 Paul von Hindenburg (1847-1934), General, 1925-1934 Reichspräsident.

15 Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945), Jurist, 1930-1936 Oberbürgermeister von Leipzig, Berater des Bosch-Konzerns, wegen Beteiligung an den Planungen für das Attentat gegen Hitler im August 1944 verhaftet, zum Tode verurteilt und im Februar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

16 Kurt Schumacher (1895-1952), 1930-1933 Mitglied des Reichstages (SPD), 1933-1943 Haft in verschiedenen Zuchthäusern und KZ's, 1944 erneute KZ-Haft, 1945 politischer Beauftragter der SPD in den Westzonen, 1946-1952 Vorsitzender der SPD, 1949-1952 MdB und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

17 Walter Ulbricht (1893-1973), kommunistischer Politiker, ab 1933 im Exil, 1938-1945 in der Sowjetunion, 1945 maßgeblich am Aufbau der KPD und des FDGB in der SBZ beteiligt, 1946-1950 stellvertretender SED-Vorsitzender, 1949-1960 stellvertretender DDR-Ministerpräsident, 1950-1953 Generalsekretär und 1953-1971 Erster Sekretär des ZK der SED.

(KSZE) in Helsinki 1975 ablehnte. Erst Helmut Kohl versöhnte sich und die Union mit den durch Brandt und Helmut Schmidt geschaffenen Tatsachen.

In die genannten drei Grundsatzreden fügen sich die Vorlesungen ein, die Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin an der Universität Harvard hielt. Sie fanden 1962 statt, ein Jahr nach dem Bau der Mauer und den damit verbundenen Spannungen zum Weißen Haus und nur wenige Monate nach dem öffentlichen Sterben von Peter Fechter[18], dem ein Amerikaner nicht helfen durfte, weil das Opfer auf die Ostseite des Grenzzauns gefallen war.

Der qualvolle Tod Peter Fechters führte damals zu den ersten antiamerikanischen Demonstrationen in Berlin nach dem Krieg. Es zeugte von beachtlichem Selbstbewusstsein, in Amerika für eine Politik der Transformation zu werben – für eine Politik der friedlichen Veränderung des Ost-West-Konflikts, für eine Politik des friedlichen Risikos. Willy Brandt: »Eine Politik des Risikos deshalb, weil bei dem Wunsch, den Konflikt zu transformieren, wir selber für die Einwirkung der anderen Seite offen sind und sein müssen.«

Willy Brandt sah die Perspektive, dass auf Dauer Polen gegenüber möglich sein müsse, was gegenüber Frankreich erreichbar war. Und er verband diese Perspektive mit der Überzeugung, dass wir Jene nicht gering achten dürfen, die sich aus freier Entscheidung zu einer anderen Lebensweise entschlossen haben. In diesem Zusammenhang bat er um Verständnis, dass die deutsche Außenpolitik die verbliebenen Eierschalen der ersten Nachkriegsjahre abstreifen, also selbständiger und auch unbequemer werden müsse; nachdem man uns »auf den Weg geholfen« habe, müssten wir »nun selber gehen«. »Vertrauen unserer Freunde werden wir nur bewahren, wenn wir mit ihnen unseren selbständig erarbeiteten Anregungen, Einwände und Vorschläge besprechen, um dann unser Gewicht vollen Herzens in die Waagschale werfen zu können.«

Hier sprach einer, der sich eigene Initiativen vorbehielt und eine deutsche Außenpolitik ankündigte, die sich nicht in der Akklamation erschöpfte. Präsident John F. Kennedy[19], der die Harvard-Lectures gelesen hatte, ermutigte

18 Peter Fechter (1944-1962), Bauarbeiter aus Ostberlin, am 17. August 1962 bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer erschossen.

19 John Fitzgerald Kennedy (1917-1963), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei), 1953-1961 Senator von Massachusetts, 1961-1963 35. Präsident der USA.

ihn. Das Weiße Haus hatte die ständige Blockierung durch Bonn, ohne eigene Vorschläge zu machen, satt.

Gerade weil das »Gleichgewicht des Schreckens« zwischen Ost und West einen Spielraum gab, um die starren Fronten in Bewegung zu setzen, sprach Brandt vor der Gesellschaft für Außenpolitik in New York im Jahre 1964 im gleichen Sinne und fügte hinzu, dass der französische Präsident Charles de Gaulle[20] die Kühnheit und Eigenwilligkeit dazu besitze, das Undenkbare denke und begonnen habe, Folgen daraus zu ziehen – und »manchmal frage ich mich als Deutscher: Warum eigentlich nur er?«

In den gesamten Komplex fügte Willy Brandt die Nation ein. »Niemals darf es Unberufenen und Unwürdigen möglich werden, sich die Fahne der Nation anzueignen. Selbst wenn wir wollten, können wir nicht auf das Selbstbestimmungsrecht verzichten.«

Willy Brandt hat in strategischer Voraussicht das Seinige getan, um gerade in den USA Klarheit über Haltung und Richtung seiner künftigen Politik zu schaffen.

Und schließlich hat Brandt auf dem SPD-Parteitag 1966 ausgeführt: »Kein Volk kann auf die Dauer leben ... wenn es nicht »ja« sagen kann zum Vaterland ... Auch wenn der Nationalstaat als Organisationsform gewiss nicht das letzte Ziel politischer Ordnung bleibt, die Nation bleibt eine primäre Schicksalsgemeinschaft. Sie bleibt die Hülle unserer inneren Ordnung, wahrscheinlich noch für lange Zeit, selbst im Zeitalter der Großraumverbände. Das innere Gefüge und das Bewusstsein der Nation sind dem europäischen Zusammenschluss gleichgeordnet, nicht ihm einfach untergeordnet. Die Nationen werden in überschaubarer Zeit ebenso wenig verschwinden, wie die Staaten absterben.«

Mehr als 40 Jahre später kann man nur feststellen, wie treffend diese Vorausschau gewesen ist, zutreffender als Brandt sie sich selbst gewünscht hat; denn 1970 hat er sich nicht vorstellen können, dass es Europa auch 20 Jahre später noch nicht geschafft hat, mit einer Stimme zu sprechen und ganz sicher nicht, dass nochmals 20 Jahre später, also 2010, wahrscheinlich immer

20 Charles de Gaulle (1890-1970), französischer General und Politiker, 1944-1945 Chef der »Provisorischen Regierung der Republik Frankreich«, 1945-1946 und 1958 Ministerpräsident, 1958-1969 Staatspräsident.

noch kein Datum dafür genannt werden kann. Aber der Komplex Europa ist heute nicht das Hauptthema.

Die Darstellung des Zeitabschnitts, in der Willy Brandt als Bundeskanzler die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt hat, kann relativ kurz sein, um ermüdende Wiederholungen zu vermeiden. Außerdem überschneiden und durchdringen sich die einzelnen Teile seiner Politik zu einem geschlossenen Ganzen, das keine Überraschungen birgt.

Es gibt eine Ausnahme: Wenn Willy Brandt nun als Regierungschef durchführt, was er wollte, ist das für ihn selbstverständlich und nicht neu. Das trifft aber nicht auf die deutsche Öffentlichkeit zu. Die hat ihn nicht ernst genommen mit der Erklärung zum Beispiel, dass die deutsche Einheit nicht auf der Tagesordnung der internationalen Politik steht und dass wir überhaupt nun erst die Voraussetzungen schaffen müssen, damit aus diesem Ziel wieder eine zu sehende Aufgabe für die Politik wird, wenn auch unter anderen Vorzeichen. »Die eigentliche Bewährungsprobe der deutschen Außenpolitik liegt noch vor uns.«

Die erste Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 ist unausgesprochen ein prächtiges Beispiel für die unwidersprechbare Weisheit Brandts. »Wer neue Ziele anvisiert, wird zugeben müssen, dass nicht mehr alles stimmt, was bis gestern als letzte Wahrheit verkündet wurde.« Damit gesteht er wahrhaftig ein, dass an eine baldige grundlegende Änderung der Lage der Nation nicht zu denken ist. Es war also eigentlich schon verwunderlich, wenn der Kanzler und seine Politik von Misstrauen, sogar von üblen Verdächtigungen begleitet wurden – wo er doch während seiner ganzen Regierungszeit seine Linie begründete, erläuterte und letztlich verteidigte.

Die Ost- und Entspannungspolitik sah Willy Brandt in ihrer möglichen vollen geopolitischen Dimension. Öffentlich hatte er darüber nicht gesprochen. Das lag zum einen daran, dass es völlig ungewiss war, ob der Ansatz, der Anfang 1970 mit Sondierungen in Moskau begann, überhaupt funktionieren würde; zudem war unklar, ob der Ansatz angesichts der zahlreichen internationalen und innenpolitisch Beteiligten operationell überhaupt durchsetzbar sein würde – und schließlich lag es an Brandts unglaublicher Fähigkeit, Vision und Realitätssinn miteinander zu verbinden.

Bei der Vorbereitung der Harvard-Lectures, die den Amerikanern die unpopuläre Koexistenz nahe bringen sollte, führte die Erörterung, die man heute Brainstorming nennt, zu dem Gedanken, dass die große Auseinandersetzung

unseres Jahrhunderts zwischen Ost und West, zwischen Kommunismus und Kapitalismus, im Grunde auf die Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zurückzuführen ist, zwischen Diktatur und Demokratie. Es könnte eigentlich nur logisch sein, wenn bei diesem Kampf das Gebiet, von dem das ausgegangen ist, also Deutschland, eine Art von Schlüsselfunktion erhält. Die Idee der Entspannung könnte die Methode sein, diese gefährliche Konfrontation zu transponieren, also friedlich und ohne Krieg aufzulösen. Das würde sogar den Deutschen die geschichtliche Aufgabe stellen, Osteuropa von der Krankheit zu heilen, die sich Kommunismus nennt. Brandt fasste sein Fazit in die ernste Mahnung: »Sprich nie darüber. Man würde uns für Hochstapler halten.« Aber bewusst war ihm wohl, welches Veränderungspotenzial in der Deutschen Einheit lag, wenn sie zusammen mit konventioneller Nichtangriffsfähigkeit und im Rahmen einer gesamteuropäischen Sicherheit geschaffen würde.

Das Ende der Sowjetunion wurde nicht gedacht. Bis 1990 sah keine Regierung Grund, sich auf das Ende der Sowjetunion ein Jahr später vorzubereiten. Unter dieser fundamentalen Einschränkung müssen auch alle internationalen wie nationalen Erklärungen und Entscheidungen gesehen werden, die vor 1991 abgegeben worden sind. Die Implosion eines Weltreiches wurde nicht vorausgesehen.

Als im Oktober 1969 seine erste Regierungserklärung vorbereitet wurde, hatte Brandt in den Entwurf hineingeschrieben, dass die DDR ein Staat, wenngleich nicht Ausland wäre. Das erschien mir eine bedenkliche Vorleistung zu sein. Er argumentierte dagegen: »In großen Fragen muss man bereit sein, sein Herz am Anfang über die Hürde zu werfen.« Bundesaußenminister Walter Scheel entschied: »Wir sollten das so machen, wie der Bundeskanzler das will.« Es war gerade die Entschiedenheit der neuen Formulierung, die in Moskau ausschlaggebend für die Überzeugung war, mit dieser neuen Regierung lohne es sich ernsthaft zu sprechen.

Es gab dann keine Diskussion, den »Brief zur Deutschen Einheit« zu schreiben; nicht zur Wiedervereinigung, ein Wort, das im Grundgesetz gar nicht vorkam, sondern zur Bestätigung, dass der dann im August 1970 unterzeichnete Moskauer Vertrag die Perspektive des deutschen Ziels auf Selbstbestimmung offen hielt.

Der Moskauer Vertrag war noch gar nicht ratifiziert, das Problem zu einer Berlin-Regelung noch in der Schwebe, es war also noch offen, ob und wie das

Im offenen Gespräch am Tisch mit Leonid Breschnew, Oreanda auf der Krim, 18. September 1971

alles in trockene Tücher kommen würde, als im September 1971 in Oreanda auf der Krim bereits über die nötige Fortsetzung dieser Entspannungspolitik, nämlich über beiderseitige Abrüstung, gesprochen wurde. Der deutsche Kanzler stürmte gewissermaßen durch Stationen, sich seiner langfristigen Konzeption sicher. Dabei wusste er die Bereitschaft des sowjetischen Generalsekretärs Leonid Breschnew[21] zu würdigen, seinen guten Willen dadurch zu honorieren, als ob die Verträge schon gültig wären.

In Oreanda wurde der Grundstein des persönlichen Vertrauens zwischen Brandt und Breschnew gelegt. Es wuchs während der ganzen Zeit der Kanzlerschaft zu einer hilfreichen Offenheit und hielt auch darüber hinaus, während Breschnews Kraft langsam erlosch. Dieses Vertrauen war ein verlässlicher Kredit für das Land, ein Kredit, der erst wieder zwischen Helmut Kohl und Boris Jelzin[22] und später zwischen Gerhard Schröder und Wladimir Putin angestrebt wurde. Keiner hat den anderen in die Irre geführt oder getäuscht; eine seltene Erfahrung in der internationalen Politik, eine seltsame Erfahrung dazu; denn bis zu ihrer Begegnung war für Breschnew Walter Ulbricht der westlichste Gesprächspartner gewesen, während für Brandt Breschnew der östlichste Gesprächspartner wurde, den er bis dahin getroffen hatte.

Die in Oreanda erarbeitete Formel »Reduzierung der Rüstung ohne Nachteil für die Beteiligten« wurde später zur »Gemeinsam ausbalancierten Streitkräftereduktion«, englisch abgekürzt MBFR. Die Verhandlungen darüber in Wien dauerten schrecklich lange, bis sie durch Michail Gorbatschow[23] wieder flott gemacht und zu dem größten konventionellen Abrüstungsvertrag der Geschichte wurden (1990). Dieser Vertrag wurde die Basis für 18 Jahre der konventionellen Stabilität in Europa – bis heute. Sie hat die Deutsche Einheit, das Ende des Warschauer Pakts, das Ende der Sowjetunion und sogar die Ausweitung von EU und Nato überstanden. Bisher. Die Stabiltät stünde in Frage, falls die USA Raketen in Polen stationieren würden.

Es steht außer Zweifel, dass nur ein Deutscher das alles einleiten konnte, der in Ost und West Vertrauen erworben hatte. Dieses Vertrauen basierte auf Brandts untadliger Gegnerschaft zum Nazi-Reich, seiner Standfestigkeit in der Verteidigung von Berlin (West) und in der Glaubwürdigkeit seiner aufrichtigen Entspannungsbemühungen. Keine dieser Eigenschaften durfte fehlen. Es gab in der gegebenen Lage keinen Anderen. Das machte Willy Brandt zum Glücksfall für das Land, sogar für Europa, ohne den die Geschichte anders verlaufen wäre.

Natürlich war Brandt sich bewusst, dass mit dem Transitabkommen für den unbehinderten Verkehr von und nach Berlin zum ersten Mal in einer vitalen Frage nicht mehr die Vier Mächte ohne die Beteiligung der beiden deutschen Staaten entscheiden konnten. Das Modell 4 + 2 war geboren, das 19 Jahre später logisch zu 2 + 4 führen sollte. »Mit unserem Anteil an der Einheit können wir ganz zufrieden sein«, schmunzelte Brandt damals.

---

21 Leonid Iljitsch Breschnew (1906-1982), sowjetischer Politiker, 1957-1982 Mitglied des Präsidiums bzw. Politbüros der KPdSU, 1964-1982 Erster Sekretär bzw. Generalsekretär des ZK der KPdSU.

22 Boris Jelzin (geb. 1931), russischer Politiker, 1985-1987 Vorsitzender der Moskauer KP, 1981-1990 Mitglied des ZK der KPdSU, 1991-1999 Präsident der Russischen Föderation.

23 Michail Sergejewitsch Gorbatschow (geb. 1931), sowjetischer Politiker, 1971-1991 Mitglied des ZK, 1978 ZK-Sekretär, 1980-1981 Mitglied des Politbüros, 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, 1988-1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatsoberhaupt), 1990-1991 Staatspräsident, 1990 Friedensnobelpreis.

Natürlich haben alle Nachbarn den Zuwachs an Gewicht und internationaler Reputation registriert und nicht ohne Misstrauen verfolgt, was die Bundesrepublik erreichte. Aber alle waren eben sicher, dass bei einem solchen Mann an der Spitze keine Gefahr für sie erwuchs. Adenauer, der seiner Bevölkerung misstraute, nutzte sein persönliches Vertrauen bei seinen Kollegen in Brüssel, um sie zu beschwören, die Bundesrepublik unlösbar in die westliche Gemeinschaft einzubinden, »so lange er noch im Amt ist«. Brandt, in Warschau, frei von jeder persönlichen Schuld, bat durch den Kniefall um Vergebung für sein Volk.

Der Gesichtspunkt der Versöhnung hatte schon 1966 eine Rolle gespielt, als Brandt als Bundesaußenminister nach Bonn ging, weil er dort wirksamer für Berlin arbeiten konnte. Die Große Koalition brachte das ehemalige Mitglied der NSDAP, Kurt Georg Kiesinger, neben den ehemaligen Emigranten an den Kabinettstisch; beide Partner mussten als Kröten außerdem Franz Josef Strauß und Herbert Wehner[24] schlucken. Die Zusammenarbeit löste große Probleme oder was man damals dafür hielt. »Gleiche Rechte für alle Staaten« proklamierte der Außenminister auf der Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten in Genf (1968) mit der Vorstellung, die Bundesrepublik zum Sprecher dieses Grundsatzes zu machen. Dazu wollte er die Absicht verkünden, den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen zu unterzeichnen. Praktisch verbot ihm das Kiesinger – vielleicht nachdem Strauß wider besseres Wissen den Vertrag als »Super-Versailles« verleumdet hatte. Seine immer noch dünne Haut ließ Brandt ausbrechen: »Wie komme ich dazu, mir von einem alten Nazi Vorschriften machen zu lassen?« Nur die Vernunft hielt ihn ein Jahr vor den Wahlen davon ab, durch seinen Rücktritt die Große Koalition platzen zu lassen.

In Frühzeiten der Bundesrepublik hatte Konrad Adenauer erklärt: »Die Mehrheit des deutschen Volkes ist gegen das Naziregime gewesen.« Als die Alliierten Deutsche durch Buchenwald und Dachau führten, um zu zeigen: »Das habt ihr gemacht«, differenzierte Brandt: »Das hatten die ja nicht gemacht; das haben sie möglich gemacht.« Brandt respektierte den »alten Herrn« für die bedeutenden Leistungen der Integration von Heimatvertriebenen und Millionen Mitgliedern der NSDAP und ihrer faktischen Amnestie. Das ist meine Bezeichnung für die Entscheidung Adenauers, Hans Globke 1953 zum obersten Beamten im Bundeskanzleramt zu ernennen. Mit dem Blick auf die Ostdeutschen verlangte Brandt, dass sie nicht nachträglich mit anderen Maßstäben gemessen werden dürften als die Hinterbliebenen des Dritten Reiches.

Die Versöhnung unseres Volkes mit sich selbst verlangte, aus der Mehrheit der Besiegten, für die Adenauer stand, eine Mehrheit zu machen, die sich befreit fühlen konnte. Diesen Spannungsbogen hatte Richard von Weizsäcker in seiner großen Rede zum 8. Mai 1985 deutlich gemacht. Das verlangte Ehrlichkeit gegenüber der eigenen Geschichte. Mit seiner Erklärung in Warschau,

Willy Brandt gibt am 13. August 1986, anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerbaus, ein Interview am Brandenburger Tor

24 Herbert Wehner (1906-1990), 1927-1942 Mitglied der KPD, 1946 Eintritt in die SPD, 1949-1983 MdB (SPD), 1949-1967 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, 1957-1958 und 1964-1966 stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1958-1973 stellv. Vorsitzender der SPD, 1966-1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1969-1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

»Deutschland nimmt das Ergebnis der Geschichte an«, stellte Willy Brandt sein Land auf eine Stufe mit den zivilisierten Staaten Europas, die ohne territoriale Ansprüche an ihre Nachbarn friedlich ihren Interessen folgten.

Es war ein langer Weg, bis Willy Brandt für den Bundestagswahlkampf 1972 formulieren ließ: »Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land.«

In der Bilanzierung der drei zentralen Themen, die Willy Brandts politisches Leben bestimmt haben, kann der Gewaltverzicht noch immer Orientierung geben. Dass Grenzen, wie auch immer sie zustande gekommen sind, nur in gegenseitigem Einverständnis geändert werden dürfen, hat vom Moskauer Vertrag 1970 über die Schlussakte von Helsinki 1975 bis hin zur Charta von Paris 1990 den Charakter einer europäischen Konvention gewonnen. Sie garantiert Sicherheit und Stabilität. Die Folge ihrer Missachtung ist im ehemaligen Jugoslawien zu beobachten. Das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit könnte auch bei der Lösung anderer internationaler Konflikte nützlich werden.

Dabei rückt der Begriff des Friedens an die Spitze der Werteskala. Brandts Maxime »Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts« berücksichtigt die Rangfolge, die den Menschenrechten in der Charta der Vereinten Nationen gegeben wird. Dort wird erst die Not und dann die Furcht genannt. Das Recht auf Leben ist noch wichtiger als die politische Freiheit. Nur wer nicht verhungert, kann für Demokratie kämpfen. Nur wenn es keinen Krieg gibt, kann es keine Vertriebenen geben. Natürlich gilt das Recht auf Selbstverteidigung und natürlich gelten die Grundwerte, die bei uns anders aussehen als bei Anderen, aber das alles kann erst interpretiert und erstritten werden, wenn es keinen Krieg gibt.

Das verbindet auch die Begriffe »links« und »frei«. Die Frage, ob denn nicht das Zeitalter der Sozialdemokratie vorbei sei, beantwortete Brandt: »Solange so viele Menschen an Hunger sterben, kann die Idee nicht sterben.«

Er würde, wenn er noch lebte, dasselbe mit größerem Nachdruck wiederholen. Die empörende Schande, dass Menschen Geld fehlt, um sich Lebensmittel zu kaufen, oder die Verletzung der Menschenwürde, durch Arbeit nicht das Lebensminimum finanzieren zu können, während andere zum »Maß halten« aufrufen, würde Brandt als Konsequenz einer Gesellschaft sehen, deren Egoismus und Gewinnstreben nicht zu moralischen Ergebnissen führen kann.

So lange es auch gedauert hat, von ganz links bis in die Mitte zu kommen: Willy Brandt ist dadurch kein Rechter geworden. Dafür stehen die Gespräche mit Gorbatschow, die Diskussion, ob das Schisma zwischen den Parteien mit

gleichen Wurzeln nicht überwindbar wäre, wie Brandts nicht gehörte Empfehlung nach der Wende, Mitglieder der SED, die schuldfrei geblieben sind, die Mitgliedschaft in der SPD zu ermöglichen. Und schließlich denke ich an Brandts innenpolitisches Ziel »einer Mehrheit links von der CDU« und an seinen Ausspruch: »Je älter ich werde, umso linker werde ich.«

Zwei Sätze von Brandt. Der eine: »Die Nation ist die primäre Schicksalsgemeinschaft. Sie zu ignorieren wäre widernatürlich«. Der andere: »Nur ein guter Deutscher kann ein guter Europäer sein.«

Da findet sich kein Widerspruch. Beide Sätze gelten, falls der Europäische Vertrag, den Brandt nicht mehr erlebt hat, hoffentlich noch ratifiziert wird. Durch ihn hat Deutschland von seinem Traum einer Föderation für geraume Zeit Abschied nehmen müssen und sich allen anderen Partnern angeschlossen, die Europa im Nebeneinander der Nationalstaaten bauen wollen.

Deutschland kann der Nation nicht entkommen, aber nur in Europa findet es das Instrument der eigenen voll zu entfaltenden Wirksamkeit. »Stolz, aber nicht überheblich« muss die Selbstverständlichkeit gewonnen werden, als normaler Staat wie jeder andere seine Interessen zu vertreten. Von der Verantwortung für unsere internationalen Entscheidungen entbindet uns ohnehin kein Partner und kein Freund. Bei richtiger Einschätzung unserer Mittel kann Deutschland sogar führend sein, wenn es für gute Ideen ausreichende Unterstützung findet. Umgekehrt braucht es keine Furcht zu haben, sich wie beim Irak-Krieg nicht einbinden zu lassen.

So sehr der Nationalstaat an Gewicht verloren hat, so unentbehrlich bleibt er. Nicht einmal Europa, die Globalisierung und die moderne Technologie ändern das. Der Nationalstaat entscheidet über die Ausbildung seiner Jugend und darüber, ob er Soldaten in gefährliche Missionen schickt; vor allem bleibt er die Einheit, die darüber entscheidet, ob er Recht und Kompetenzen auf größere Einheiten überträgt und der eigenen Souveränität entzieht.

Doch die Nation ist mehr als das Organ, das Pässe ausstellt, Autobahnen baut und die Altersversorgung sichern muss. Der Staat ist Heimat, Geborgenheit, Zugehörigkeit, also das, was der »verstoßene Sohn« Willy Brandt wiedergewinnen wollte.

Junge Menschen entdecken und genießen in der Grenzenlosigkeit des Internets ihre neue Welt und glauben, ihr Glück erjagen und finden zu können, auch ohne Vaterland. Das ist ihr gutes Recht. Aber sie werden ärmer und verlieren etwas, was sich nicht mit Euro oder Dollar bezahlen lässt. Und viele

Egon Bahr wird von Dr. Jürgen Lillteicher durch die Dauerausstellung im neuen Willy-Brandt-Haus Lübeck geführt.

könnten eines Tages das Gefühl der Bindung, der vertrauten Gesellschaft, der heimischen Umwelt vermissen.

Ist es wirklich altmodisch, das so zu sehen? Oder stimmt es immer noch, was Brandt 1965 bei der Verleihung einer Ehrendoktorwürde an der New School for Social Research in New York erklärt hat: »Es wird die Aufgabe der deutschen Politik in den nächsten Jahren sein, dafür zu sorgen, dass das nationale Bewusstsein des deutschen Volkes ein Gleichgewicht findet. Das nach Exzess und Negation das wahre Maß des Nationalgefühl gefunden wird, das frei ist von Überheblichkeit und getragen ist von gutem Willen gegenüber anderen Menschen und allen Nationen. Ob das gelingt, wird die eigentliche Entscheidung über das Schicksal der Demokratie in Deutschland sein«.

Diese Entscheidung ist 2008 noch nicht gefallen.

Willy Brandt und die Nation – das ist die Geschichte eines Mannes, der am Ende seines Lebens aus tiefstem Herzen sagen konnte: »Man hat sich bemüht.«

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1 **Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2 **Politik für Berlin – Willy Brandt 1957-1966**
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3 **Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4 **Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5 **Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6 **Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7 **Perspektiven aus den Exiljahren**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8 **Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9 **Horst Ehmke: Reformpolitik und »Zivilgesellschaft«**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10 **Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen**
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11 **Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12 **Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund**
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13 **Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14 **Willy-Brandt-Gespräch 2006: »Mehr Demokratie wagen« (1969) – »Mehr Freiheit wagen« (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?**
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15 **Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16 **Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler

Mit der »Berliner Ausgabe« ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Reihe soll eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Band 1 **Hitler ist nicht Deutschland**
Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2 **Zwei Vaterländer**
Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3 **Berlin bleibt frei**
Politik in und für Berlin 1947-1966
Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4 **Auf dem Weg nach vorn**
Willy Brandt und die SPD 1947-1972
Bearb. von Daniela Münkel, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5 **Die Partei der Freiheit**
Willy Brandt und die SPD 1972-1992
Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6 **Ein Volk der guten Nachbarn**
Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7 **Mehr Demokratie wagen**
Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974
Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8 **Über Europa hinaus**
Dritte Welt und Sozialistische Internationale
Bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006,
ISBN 3-8012-0308-5

Band 9 **Die Entspannung unzerstörbar machen**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974-1982
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10 **Gemeinsame Sicherheit**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992
Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt,
ISBN 3-8012-0310-7 (erscheint 2009)

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1
Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2
Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966-1974)**
Bonn 2008, ISBN 978-3-8012-0382-5

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1
Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2007, ISBN 978-3-8012-0380-1

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913-1992
Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913-1992
Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz
Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!
Anforderungen an einen »Brandt-Report« für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)
Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: **Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**
hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: **Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**
Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck
Neue Architekturführer Nr. 118, Stadtwandel Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9 (auch in Englisch erhältlich)

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter *www.willy-brandt.de* verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung »Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913-1992« im Rathaus Schöneberg ist Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr und Samstag und Sonntag von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Eine Stiftung – zwei Standorte

Am 18. Dezember 2007 eröffnete die BWBS in der Geburtsstadt des früheren Bundeskanzlers das »Willy-Brandt-Haus Lübeck«. Gezeigt wird dort die ständige Ausstellung »Willy Brandt – Ein politisches Leben im 20. Jahrhundert«, die ein großes multimediales Informationsangebot und spezifische Programme für Erwachsene, Jugendliche und Kinder bereithält.

Die Ausstellung ist geöffnet vom 01. Januar bis 31. März: Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr und vom 01. April bis 31. Dezember: Montag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei. Samstags und sonntags finden um 15 Uhr öffentliche Führungen in deutscher Sprache statt. Gruppenführungen sind auf Anfrage buchbar. Näheres unter *www.willy-brandt-luebeck.de*

BILDNACHWEIS
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Coverfoto, S. 31
BPA/Bundesbildstelle: S. 15, S. 28

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation. Vortrag am 8. Mai 2008 im Rahmen der Zeitzeugengesprächsreihe des Willy-Brandt-Hauses Lübeck
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].
1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2008
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 16)
ISBN 3-933090-15-6